

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTION IM RAT DER STADT MEERBUSCH

Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Planung und Liegenschaften
Werner Damblon

Stadt Meerbusch
Ratsbüro
40667 Meerbusch

Meerbusch, 18.8.2020

**Gemeinsame Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses und Planungsausschusses am 27.8.2020
Interkommunales Gewerbegebiet A44
Antrag: Vertagung**

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage, sehr geehrter Herr Damblon,
die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bittet, zur Beratung des Tagesordnungspunktes 2,
Interkommunales Gewerbegebiet A44, folgenden Antrag unserer Fraktion zu beraten:

**Der Ausschuss für Haupt- und Finanzen und der Ausschuss für Planung und Liegenschaften
beschließen jeweils, eine Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen zu vertagen. Die
Entscheidungen soll der neue Rat treffen.**

Gründe:

Nach Auffassung der Grünen sind viele Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Meerbusch und der Stadt Krefeld ungeklärt. Ebenso unklar bleiben die späteren Zuständigkeiten der jeweiligen kommunalen Gremien bzw. die Entscheidungskompetenzen einer gemeinsamen Gesellschaft von Krefeld und Meerbusch. Auf keinen Fall dürfen planungsrechtliche Entscheidungen den Ratsgremien der Städte entzogen werden. Von daher haben wir noch umfassenden Beratungs- und Klärungsbedarf.

Ein Beschluss zum gemeinsamen Vorgehen muss nach unserer Auffassung zwingend Klarheit über die Gesellschaftsform und über deren Zuständigkeiten bringen. Dies ist aktuell nicht zu

erkennen. Wir dürfen darauf hinweisen, dass Herr Oberbürgermeister Frank Meyer (Krefeld) in der Presse erklärt, dass er die erste Gewerbeansiedlung frühesten in zehn Jahren erwartet.

Insofern ist die Eile, mit der nun „noch vor den Kommunalwahlen ... Pflöcke eingeschlagen werden“ sollen (F. Meyer in RP, 7.8.2020), um weitere Vereinbarungen zu einer Zusammenarbeit treffen, völlig unnötig und nicht nachvollziehbar.

Das sollte der neue Rat entscheiden.

Jürgen Peters / Joachim Quass